

ZEIT ZU(M) HANDELN:

Was hat aus Ihrer Sicht oberste Priorität für die Armutsbekämpfung in Deutschland?



Stimmen von Referierenden,
Mitwirkenden und Mitveranstaltern

„Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte zur Umsetzung von Menschenrechten in Deutschland. Auch im Behindertenbereich werden elementare Menschenrechte immer wieder und immer noch unter einen Kostenvorbehalt gestellt. Damit muss Schluss sein!“

Dr. Sigrid Arnade
Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland

„Armut in Deutschland ist eine europäische, Armut in Europa eine deutsche Angelegenheit. Nur gemeinsam können wir Armut erfolgreich bekämpfen.“

Krzysztof Balon
Geschäftsführer Eurosozial e. V., Vizepräsident der Fachgruppe SOC des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

„In einer Gesellschaft, die ihrer Jugend Werte wie Egoismus, Narzissmus, "Geiz ist geil" und das Anhäufen materieller Statussymbole nahelegt, geht der Blick auf die eigene Verletzlichkeit und eine eigene zukünftig mögliche Hilfsbedürftigkeit verloren. Die wichtige Erkenntnis, dass die Starken den Schwachen helfen, auch weil jede(r) Starke schnell und unerwartet zu einer/ einem Schwachen werden kann, wird verdrängt und immer weniger gelebt. Wir brauchen dringend auf unseren Straßen einen lautstarken Weckruf für diese Gesellschaft, die sich träumend in einer Welt aus Seifenblasen verliert. Erst wenn Solidarität wieder der gemeinsame Konsens ist, haben wir das Fundament, eine umfassende Armutsbekämpfung auf den Weg zu bringen.“

Helge Bauer
Protestlabor / Referent für kreative Protestformen

„Armut kann nur sinnvoll bekämpfen, wer davor die Augen nicht verschließt. Die Existenz der Tafeln veranschaulicht seit über 20 Jahren die erheblichen Mängel des Sozialstaates. Deshalb muss die oberste Prämisse für die Politik lauten: Nachhaltige Verbesserung von Lebenschancen – statt konsequent wegzusehen. Damit wäre endlich Millionen Menschen geholfen.“

Jochen Brühl
Vorsitzender Bundesverband Deutsche Tafel e.V.

„Kinderarmut lässt sich vermeiden: mit einem Paket aus Leistungen für Kinder UND Eltern. Wir brauchen höhere Kinderregelsätze und bessere Bildungs- und Betreuungsangebote rund um Kitas und Schulen. Kinderzuschlag, Wohngeld und Arbeitslosengeld I müssen reformiert werden, denn diese Sozialleistungen greifen, bevor Hartz IV droht.“

Annelie Buntenbach, DGB Bundesvorstand

„Integration, Sprachkurse, Weiterbildung und ein gesicherter Aufenthaltsstatus sind das beste Mittel gegen Flüchtlingsarmut. Das geplante Integrationsgesetz der Bundesregierung treibt dagegen Flüchtlinge in die Prekarisierung: Eine Wohnsitzauflage setzt sie in Orten fest, wo sie ohne Freunde und Bekannte kaum an einen Job kommen und damit von Zuwendungen abhängig werden. Die geplanten 80-Cent-Jobs werden Flüchtlinge in den Billiglohnsektor und in die Perspektivlosigkeit drängen.“

Günter Burkhardt

Geschäftsführer von PRO ASYL e.V.

„Wer die Armut mit Erfolg bekämpfen will, muss den Reichtum antasten. Nötig wären die Wiedererhebung der Vermögensteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer, die Angleichung der Kapitalertragsteuer (Umstellung auf den persönlichen Steuersatz bei der Lohn- und Einkommensteuer) sowie eine progressivere Besteuerung großer Erbschaften und Schenkungen (einschließlich betrieblicher Vermögen, die nach dem Gleichheitssatz behandelt werden sollten und nicht privilegiert werden dürfen). Ein existenzsichernder Mindestlohn von mindestens 10 Euro ohne Ausnahme- und Sonderregelungen sowie eine armutsfeste, bedarfsgerechte und repressionsfreie Grundsicherung könnten dafür sorgen, dass weniger Menschen von Erwerbs- und späterer Altersarmut betroffen sind.“

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Universität zu Köln

„Wer Rechte hat, muss auch Recht bekommen. Schluss mit der Vorurteils-Unkultur gegen von Armut Betroffene! Soziale Rechte sind in internationalen Verträgen festgehaltene Menschenrechte, keine Gnade der jeweiligen deutschen Regierung. Die gesellschaftliche Beteiligung von Armutsbetroffenen ist zu sichern, - umfassende Kontrollen und Sanktionen gegen in Armut Lebende müssen abgeschafft werden.“

Michael David

Diakonie Deutschland, stellv. Sprecher der nationalen Armutskonferenz

„Behinderung darf nicht arm machen. Es ist beschämend, dass die Bundesregierung ein Gesetzeswerk als Teilhaberecht bezeichnet, das in erster Linie ein Spargesetz ist. Es fördert Inklusion nicht, es grenzt aus.“

Prof. Dr. Erika Gromnica-Ihle

Präsidentin der Deutschen Rheuma-Liga

„Aus meiner Sicht ist eine gerechtere Verteilung des Reichtums notwendig, d.h. vor allem: Steuergerechtigkeit herstellen (alle Firmen und Konzerne zur Kasse bitten, Steuerschlupflöcher schließen, Millionenverdiener stärker besteuern). Außerdem sind besonders benachteiligte Gruppen (z.B. Alleinerziehende und arme Alte) stärker zu unterstützen; Lohnerhöhung muss vor Erhöhung der Dividenden und Bonusgehälter gehen.“

Birgit Hartigs

SOZIALWERK des dfb (Dachverband) e.V.

„(1) Der Finanzminister rechtfertigt die schwarze Null und höhere Militärausgaben. Das Jobcenter rechtfertigt Schikanen gegen Leistungsverweigerer. Die Armut der Armen funktioniert als Anreiz für Leistungswillige. (2) Staaten, in denen die Gerechtigkeit nicht gilt, sind nichts anderes als große Räuberbanden. (3) Das Recht auf die Rechtfertigung gesellschaftlicher Verhältnisse steht einzig denen zu, die am meisten darunter zu leiden haben.“

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach,
Prof. em. für christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Technologischen Hochschule Sankt Georgen

„Wir brauchen dringend eine Politik, die Kinder in den Mittelpunkt stellt. Dabei reicht es angesichts der Dimension und der gravierenden Auswirkungen von Armut auf den gesamten Lebensweg der Kinder nicht mehr aus, an einzelnen Schraubchen im bisherigen System zu drehen. Eine transparente und unbürokratische Kindergrundsicherung, die sach- und bedarfsgerecht ermittelt wird, ist die Gesamtlösung, die wir dringend benötigen. So bekommen alle Kinder faire Chancen auf ein gutes Aufwachsen in Deutschland.“

Heinz Hilgers
Präsident des DKSB (Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.)

„Vordringliches Ziel muss es sein, Menschen vor Armut im Alter und bei Erwerbsminderung zu schützen.“

Markus Hofmann
Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim DGB Bundesvorstand

„Der Sozialverband VdK fordert ein Gesamtkonzept. Armutsbekämpfung ist eine Querschnittsaufgabe, derer sich Steuerpolitik, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Gesundheitspolitik und Bildungspolitik gleichermaßen annehmen müssen. Wenn 16,5 Millionen Menschen in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, müssen zügig konkrete Maßnahmen eingeleitet werden, um drohende Armut erst gar nicht entstehen zu lassen und bestehende Armut wirksam zu bekämpfen.“

Jens Kaffenberger
Bundesgeschäftsführer des Sozialverbands VdK Deutschland

„Armut ist nicht nur eine ökonomische Kategorie, sondern beschreibt einen strukturellen Mangel an zivilgesellschaftlicher Teilhabe. Verbreitete diffuse Ängste haben die Mitte der Gesellschaft erreicht und fördern die Entsolidarisierung und die Entwertung von Menschen, denen es ökonomisch schlechter geht. Die mentalen Sperrn neoliberalen Gehirndopings müssen aufgebrochen werden: Armut ist ein zentraler Faktor, der für die Verteilung von Lebenschancen verantwortlich ist.“

Prof. Dr. Heiner Keupp
Ludwig-Maximilian Universität München

„Oberste Priorität für die Armutsbekämpfung in Deutschland hat es, die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II (SGB II) deutlich anzuheben, damit Erwerbslose endlich ein menschenwürdiges Existenzminimum erhalten.“

Angelika Klahr
Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

„Oberste Priorität für die Armutsbekämpfung in Deutschland hat die Aufgabe, die sozialen Verhältnisse so zu ändern, dass alle Menschen positive Lebensbedingungen vorfinden, die unabhängig sind von ihrem sozioökonomischen Status.“

Dr. Hans-Ullrich Krause

1. Vorsitzender der IGfH, Leiter des Kinderhaus Berlin - Mark Brandenburg e.V.

„Der erste Schritt ist, Armut sichtbar zu machen, denn bislang haben die Betroffenen oftmals weder Stimme noch Gesicht. Um Armut zu bekämpfen ist eine langfristige gesellschaftliche Strategie nötig. In der Kindertagespflege geht es vor allem um Altersarmut von Frauen, die über lange Jahre Kinder betreut haben. Obwohl die Qualifikation der Kindertagespflegepersonen kontinuierlich steigt, ist ein existenzsicherndes Leben und vor allem eine Vorsorge für das Alter bislang oft nicht möglich.“

Heiko Krause

Bundesgeschäftsführer Bundesverband für Kindertagespflege

„Die beschämend hohe Kinderarmut in Deutschland ist ein gesellschaftlicher Skandal. Es ist höchste Zeit für eine Sozial- und Bildungspolitik, die kein Kind zurücklässt! Wir dürfen nicht zulassen, dass der Geldbeutel der Eltern über die Zukunftschancen von Kindern in Deutschland entscheidet und fast drei Millionen Kinder von gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven abgehängt werden. Kinder haben ein Grundrecht auf soziale Sicherheit. Deshalb müssen in einem ersten Schritt die Hartz IV-Regelsätze so ausgestaltet werden, dass sie Kinder, die mit ihren Familien Sozialleistungen beziehen, sicher vor Armut schützen. Für eine effiziente und nachhaltige Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland braucht es außerdem ein schlüssiges Gesamtkonzept, das mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet ist.“

Thomas Krüger, Präsident des DKHW (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.)

„82 Prozent der Deutschen halten die soziale Ungleichheit für zu groß, so das Ergebnis einer aktuellen Umfrage der FES. (6.7.16) Nur dieser Befund verpufft wirkungslos, weil die Notlagen hinter den Zahlen diffus bleiben und nicht genau entziffert werden. Um Ungleichheit abzubauen, Not und Armut wirksam zu bekämpfen, benötigen wir vor allem eine Kläranlage des Wissens. Was ist interessengeleitete Propaganda, wo besteht dringender Handlungsbedarf? Zumindest beim Thema `Kinderarmut` sind sich alle politischen Lager einig. Zeit, vom Bekenntnis-Palaver zum spürbaren Handeln überzugehen.“

Prof. Dr. Thomas Leif, Publizist

„Armutsbekämpfung bei Flüchtlingen heißt vor allem, nicht diejenigen beim Zugang zu Sprachkursen, Arbeitsmarkt, Ausbildung und Sozialleistungen auszugrenzen, die vermeintlich keine Bleibeperspektive haben. Wichtig sind zudem der uneingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt, ausreichende Sprachkurse und Qualifizierungsangebote. Statt weiterer Einschränkungen bei den Sozialleistungen (Asylbewerberleistungsgesetz) sollte ihnen der Zugang zu SGB II oder SGB XII Leistungen offen stehen.“

Harald Löhlein

Leiter Abteilung Migration und Internationale Kooperation beim Paritätischen Gesamtverband

„Sofort helfen würde eine Anhebung des Regelsatzes. Bedarfsdeckende Regelsätze könnten ein Existenzminimum sicherstellen, das nicht nur für eine Überbrückung von wenigen Monaten taugt, sondern Familien mit und ohne Kinder sowie die Älteren auch über viele Jahre hinweg menschenwürdig leben lässt. Der Regelsatz für Ein-Personen-Haushalte liegt 2016 bei 404 Euro plus Wohnkosten; ein bedarfsdeckender Regelsatz liegt nach Paritätischen Berechnungen dagegen bei knapp 500 Euro plus Wohnkosten.“

Dr. Rudolf Martens

Leiter Paritätische Forschungsstelle

„Für die Volkssolidarität ist die derzeit und darüber hinaus wichtigste Aufgabe im Kampf gegen die Armut, prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse zielgerichtet und systematisch zu überwinden!“

Horst Riethausen

Bundesgeschäftsführer Volkssolidarität Bundesverband e.V.

„Armut im Alter bedeutet dauerhaft ausgegrenzt und abgehängt zu sein. Immer mehr Menschen sind davon bedroht. Der Sinkflug des Rentenniveaus muss deshalb gestoppt und zusätzliche, unbürokratische Leistungsansprüche zur gezielten Bekämpfung von Altersarmut geschaffen werden.“

Dr. Joachim Rock

Leiter Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim Paritätischen Gesamtverband

„Armut wird durch gute Worte nicht kleiner. Notwendig sind vor allem höhere Regelsätze, Anhebung der Altersrenten, bessere Leistungen für Alleinerziehende, eine Erhöhung des Mindestlohns sowie Verbesserungen kommunaler Infrastrukturen. Finanziert werden kann dies durch eine Steuerreform, die den breiteren Schultern auch eine größere Verantwortung auferlegt.“

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock

Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes

"Wohnungslosigkeit ist die extremste Form sozialer Ausgrenzung. Wohnungslose Menschen sind nicht nur aus dem Wohnungsmarkt ausgegrenzt, sondern auch aus anderen existenziellen Lebensbereichen wie: Erwerbsarbeit, Bildung, medizinischer Versorgung. Oftmals können sie selbst ihre Rechte auf Transferleistungen nicht realisieren, leben sozial sehr isoliert und erfahren Stigmatisierung, Diskriminierung und Gewalt im öffentlichen Raum. Seit 2002 gibt es eine Million Sozialwohnungen weniger. Es fehlen mindestens 2,7 Millionen Kleinwohnungen. Mit Blick auf die Wohnungsmarktdefizite der letzten Jahre kann man also nicht behaupten, die Krise auf den Wohnungsmärkten sei "eingewandert", sondern sie ist hausgemacht und Ergebnis politischer Fehlentscheidungen und Fahrlässigkeiten. Der Bund muss wieder mehr politische Verantwortung für die Wohnungspolitik übernehmen! Bspw. durch gezielte Förderprogramme zur Verhinderung von Wohnungsverlusten. Der Bund sollte den Kommunen Konversionsliegenschaften und weitere Immobilien verbilligt zur Verfügung stellen, damit dort bezahlbarer Wohnraum entstehen kann. Zumeist werden diese immer noch von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) an den meist Bietenden verkauft."

Werena Rosenke

stellv. Geschäftsführerin BAG Wohnungslosenhilfe

„Neben der zunehmenden Altersarmut ist die Armutsgefährdung bei Kindern, hier insbesondere bei Kindern von Alleinerziehenden, sowie Jugendlichen eine gesellschaftliche Herausforderung. Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger*innen zwischen 15 und 24 Jahren ist von 2014 zu 2015 um 8.600 auf 746.000 gestiegen. Etwa 300.000 junge Menschen sind sogar schon seit vier Jahren auf staatliche Grundsicherung angewiesen. Hier muss Politik und Gesellschaft dringend handeln um junge Menschen, jenseits einer verfestigten Armutslage, Zukunftsperspektiven zu ermöglichen.“

Werner Schäffer

Bereichsleiter Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bei ver.di

„Eine Gesellschaft ohne Armut ist nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich! Wie immer man es dreht und wendet: Armutsbekämpfung kostet Geld. Ihre Voraussetzung ist eine solidarische Steuer- und Finanzpolitik. Das heißt: Umverteilung.“

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes

„Wer Armut in Einelternfamilien bekämpfen will, muss mit strukturellen Benachteiligungen aufräumen – in der Familienpolitik, im Steuerrecht und auf dem Arbeitsmarkt. Dazu bedarf es eines konsistenten familien- und gleichstellungspolitischen Leitbildes, das auch die Kinder noch stärker in den Blick nimmt. Für das Leben eines Kindes dürfen Herkunft, Familienform und Einkommenssituation der Eltern nicht länger entscheidend sein.“

Solveig Schuster

Bundvorsitzende des VAMV (Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.)

„Teilhabe ist ein Menschenrecht. Selbstbestimmte Teilhabe zu ermöglichen, ist ein vornehmes Recht der Gesamtgesellschaft. Der Staat hat die Pflicht, unverschuldete Teilhabehemmnisse und solche, die nicht individuell überwunden werden können, bedarfsdeckend auszugleichen.“

Dr. Ilja Seifert

Allgemeiner Behindertenverband Deutschland

„Eine psychische Erkrankung führt bisher oft dazu, dass die erkrankten Menschen und deren Angehörige – insbesondere bei einem chronischen Krankheitsverlauf – in materielle Not bzw. in Armut geraten. Dies gilt es zu verhindern, denn Armut ist neben einer psychischen Erkrankung vielfach ein weiterer Grund für gesellschaftlichen Ausschluss! Der Gesetzgeber ist dringend aufgefordert armutsfeste gesetzliche Regelungen zu schaffen, die diese Entwicklung verhindern!“

Richard Suhre

Geschäftsführer Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. -DGSP-

„Armut darf nicht individualisiert werden. Gesellschaftsstrukturelle Verursachungsmechanismen müssen erkannt, benannt, skandalisiert und abgeschafft werden. Die politischen Entscheidungsträger müssen zum Handeln bewegt werden. Wir haben in Deutschland genügend finanzielle Ressourcen um Armut wirklich bekämpfen zu können. Die derzeitige finanzielle Umverteilung von unten nach oben muss umgekehrt werden. Und wir müssen, gemeinsam mit von Armut betroffenen Menschen, endlich handeln und nicht nur reden.“

Prof. Dr. Gerhard Trabert

Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.

„Armut hat bekanntlich viele Gesichter. Für Flüchtlinge und Migrant*innen noch mehr als für andere Gruppen. Für mich steht im Mittelpunkt der Kampf um gleichberechtigte Teilhabe, um die Durchsetzung gleicher grundlegender sozialer Rechte. Ich halte es mit dem Bundesverfassungsgericht: "Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren." Leider passiert in der Realität oftmals das Gegenteil.“

Claudius Voigt, GGUA – Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender